Herforder Zeitung

für Stadt und Land

Bezugs-Preis 5.40 Mark
vierteljährlich. Bei Postbezug 5.40 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford, Rennstraße 29/31

Fernsprecher Nr. 83 und 151
Postscheckkonto Nr. 5796
Scheckamt Hannover

Anzeigenpreis 20 Pfennig
die 1spalt. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford — Amtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 66 — Herford, Donnerstag, den 18. März 1920 — 30. Jahrgang

Vizekanzler Schiffer an das deutsche Volk.

Verhandlungen über den Abbruch des Generalstreiks — Kundgebung der preußischen Staatsregierung — Haftbefehle gegen die Hochverräter — Sehr ernste Lage im Industriegebiet.

Die Antwort.

Was kommen mußte, ist eingetreten. Auf das Verbrechen der Reaktion antworten die Kommunisten mit der Räterepublik. Immer gräßlicher treten die Wirkungen des tollhäuslerischen Planes der Rechten in die Erscheinung. In Orten, in denen es nie denkbar gewesen wäre, erheben die Kommunisten drohend ihr Haupt. Bereits ist in verschiedenen Orten die Räterepublik proklamiert, und in Berlin haben die radikalen Linksparteien am Dienstagabend Kapp den bewaffneten Widerstand der Arbeiter angekündigt. Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist von den aufgeregten Massen teilweise dem Militär, das zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung ausgezogen war, der heftigste Widerstand entgegengesetzt und die Zahl der Opfer auf beiden Seiten ist erheblich. Dahin ist es gekommen, weil eine Clique reaktionärer „Politiker" vom Schlage eines Traub, Kapp, v. Jagow u. a. freventlich durch einen Haufen Bewaffneter die gesetzmäßige Entwicklung nicht abwarten wollten. Sie fürchteten offensichtlich, daß die Wahlen ihnen die so heiß ersehnte Macht nicht sichern würden, und darum holten sie in unbegreiflicher Leichtfertigkeit aus zu einem Schlage gegen Recht, Gesetz und Verfassung. Darum verbündeten sie sich mit einer Schar unzufriedener Militärs, um durch Gewalt zu erringen, was ihnen auf ordnungsmäßigem Wege niemals zugefallen wäre.

Der Plan ist fehlgeschlagen. Der „Held" ist abgetreten, aber noch im Scheiden umgibt er sich mit Lüge und Betrug, auf die er sich so meisterhaft seit Sonnabendfrüh eingespielt hatte. Was haben die Putschisten nicht alles versprochen und zugesagt! Das Paradies auf Erden verhießen sie Arbeitern, Beamten und Bauern. Aus einem Nichts wollten die Narren plötzlich einen Schatz reicher Gaben machen. Bei allen Ernsthaften haben diese „amtlichen" Ankündigungen der Reaktion einfach wie Scherze gewirkt. Aber viele, viele, denen unsere demokratische Entwicklung ein Greuel war, haben nichts Sehnlicheres gewünscht, als die Verwirklichung der Kapp'schen Regierung „der Tat". Als ob eine andere Regierung in Deutschland nach Lage der Verhältnisse überhaupt jemals möglich gewesen wäre, als die Koalition. In diesem Augenblick werden auch die Deutschnationalen und die Deutsch-Volksparteiler zugeben müssen, daß der allmähliche Wiederaufbau, der im Gange war, nicht anders betrieben werden konnte, wie es mit Aussicht auf guten Erfolg von den vereinigten Parteien in Angriff genommen war. Gewiß hätte manches anders angefaßt werden können, gewiß wäre hier und da ein etwas lebhafteres Tempo am Platze gewesen. Aber im großen und ganzen ist es doch unverkennbar vorwärts gegangen.

Wer mitten in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung stand, für den war es klar, daß bei allen Maßnahmen notwendigerweise Rücksicht genommen werden mußte auf die politischen Machtverhältnisse. Infolgedessen mußten Demokraten und Zentrum hier und da sozialdemokratischen Wünschen Rechnung tragen und ebenso umgekehrt. Diese Notwendigkeit haben die politischen Oppositionsparteien stets verkannt und dadurch viel dazu beigetragen, daß der wahnwitzige Streich in Berlin überhaupt in Szene gesetzt werden konnte. Wir haben den einzigen Wunsch, daß die Koalition weiter bestehen bleibt. Denn allein sie garantiert uns eine baldige Rückkehr zur Ruhe und einer vernünftigen Entwicklung. Allein die Politik der Mehrheitsparteien ist auch imstande, die bedenklich heraufziehende Gefahr einer Kommunistenherrschaft zu bannen. Darüber sollten sich alle bald klar werden.

An das deutsche Volk!

TU. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) **Vizekanzler Schiffer veröffentlicht folgenden Aufruf: An das deutsche Volk! Die „Regierung" Kapp-Lüttwitz ist zurückgetreten. Die Befehlsgewalt übt namens des Reichspräsidenten Vizekanzler Schiffer aus. gez. Schiffer.**

Aufruf der preußischen Staatsregierung.

TU. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) **Mit dem heutigen Tage ist die Militärherrschaft zusammengebrochen. Kapp und Lüttwitz sind von ihren angemaßten Aemtern zurückgetreten. Den Oberbefehl über die in Berlin stationierten Truppen hat auf Anordnung der Reichsregierung General v. Seeckt übernommen. Die Sicherung der Reichshauptstadt übernimmt der der Reichsregierung treugebliebene Bestandteil der Sicherheitswehr. Die unter General v. Lüttwitz einmarschierten Truppen werden schleunigst und zwar spätestens bis Donnerstag aus Berlin herausgezogen. Alle Zeitungsbesetzungen, Telefonzensuren und die sonstigen von der Militärdiktatur angeordneten Maßnahmen werden sofort aufgehoben. An der einmütig entschiedenen Abwehr der Arbeiterschaft und des Bürgertums ist die Militärdiktatur zerschellt und das Volk wird die erkämpften Freiheiten für alle Zeiten zu wahren wissen.**

Die preußische Staatsregierung. Ministerpräsident Hirsch.

Das Verfahren gegen die Rebellen

dd. Stuttgart, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) **Das Reichskabinett hat gestern mittag eine längere Sitzung abgehalten, an welcher auch die badische und die württembergische Regierung teilnahmen, und zu der auch eine Anzahl von Abgeordneten der Nationalversammlung hinzugezogen waren. Das Kabinett nahm von dem Verlauf der Ereignisse in Berlin Kenntnis. Der Reichsminister des Innern hat gegen die an dem Berliner Putsch Beteiligten das Hochverratsverfahren einleiten lassen und die Ausstellung von Haftbefehlen veranlaßt, so gegen Kapp, General v. Lüttwitz, Admiral v. Trotha, Kapitänleutnant Ehrhardt, Hauptmann v. Pabst und Abgeordneten Schiele.**

wtb. Stuttgart, 17. März. (Eig. Drahtmeldung.) **Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten, Ebert fand heute eine Kabinettssitzung statt. Das Kabinett erklärte nachdrücklich und einstimmig, daß von Verhandlungen irgend welcher Art oder einem Kompromiß mit den Berliner Rebellen keine Rede sein dürfe. Die Regierung fordere sofortigen und bedingungslosen Rücktritt von Kapp und Lüttwitz und Unterstellung der Truppen unter einen General, der in keiner Weise an der Revolution beteiligt sei und auf dem Boden der Verfassung stehe, Auflösung der Eisernen Division und der Offizierskompagnien, Abtransport und Auflösung der Marinebrigade.**

•

wtb. Berlin, 17. März, nachmittags. (Eigener Drahtbericht). **Aus der Reichskanzlei erhalten wir folgende „amtliche" Meldung: Nachdem die Regierung Bauer sich entschlossen hat, wesentlichen politischen Forderungen, deren Ablehnung am 13. März 1920 zur Einsetzung der Regierung Kapp führte, von sich aus zu erfüllen, sieht der Reichskanzler Kapp seine Mission als erfüllt an und tritt zurück, indem er die vollziehende Gewalt dem Militäroberbefehlshaber zurückgibt. Er läßt sich dabei von der Ueberzeugung leiten, daß die Not des Vaterlandes den einheitlichen Zusammenschluß aller gegen die vernichtende Gefahr des Bolschewismus verlangt.**

•

wtb. Frankfurt, 17. März, mittags. **Die Frankfurter Zeitung meldet aus Berlin: Auf Grund der im Reichstage geführten Verhandlungen hatten Kapp und General v. Lüttwitz ihren bedingungslosen Rücktritt erklärt und die Regierung dem Vizekanzler Schiffer übergeben. Vorher waren die Unabhängigen Dr. Cohn und Däumig in der Reichskanzlei erschienen und hatten im Interesse der von ihnen in den Arbeitervierteln ausgerufenen Räterepublik ein Ultimatum überreicht, nach welchem sie, wenn nicht bis neun Uhr abends die Truppen zurückgezogen würden, mit den bewaffneten Arbeitern zum Angriff schreiten würden. Wesentlich unter dem Einfluß dieser Erklärung sind Kapp und Lüttwitz wieder anderen Sinnes geworden und haben Bedingungen für ihren Rücktritt gestellt, in erster Linie Amnestie. Die Verhandlungen dauern noch an.**

Zusammentritt der Nationalversammlung.

wtb. Stuttgart, 17. März. (Eig. Drahtbericht.) **Der Zusammentritt der Nationalversammlung ist gesichert. Eine Reihe von Sonderzügen aus Norddeutschland ist bereits eingetroffen. Heute finden Sitzungen des Aeltestenausschusses und der Fraktionen statt. Die erste Vollsitzung ist am Donnerstag.**

Bauer empfiehlt Wiederaufnahme der Arbeit.

bb. Münster, 16. März. Dem Reichskommissar Severing war es im Laufe des heutigen Tages möglich geworden, mit Stuttgart Verbindung zu erhalten, und er hat mit dem Reichswehrminister Noske und mit dem Reichskanzler Bauer gesprochen. Severing konnte lt. Volkswacht folgende Meinungsäußerung der Regierung erlangen, nachdem er der Regierung die Lage geschildert hatte:

Da im Bezirk des Wehrkommandos VI der Militärbefehlshaber die Erklärung abgegeben hat, daß er die Anweisung der Reichsregierung unbedingt ausführen werde, ist nach Ansicht der Reichsregierung eine Ursache zur Weiterführung des Streiks nicht gegeben. Der Reichskanzler Bauer empfiehlt deshalb die Wiederaufnahme der Arbeit zunächst für die Gruben. Es muß nur Sorge getragen werden, daß die Putschisten in Berlin keine Kohlen bekommen. Berlin wird abgeschnürt und schmachmatt gesetzt werden.

•

Wiederaufnahme der Arbeit bei der Eisenbahn und Post.

TU. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) **Im Anschluß an den Beschluß des Ausschusses des Eisenbahnarbeiterverbandes, den Streik infolge des Zusammenbruches der Militärdiktatur für beendet zu erklären, hat nunmehr auch der Verband der Postbeamten beschlossen, am Donnerstag die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Zeitungen werden voraussichtlich Donnerstag mittag wieder erscheinen.**

Sobald der Generalstreik beendigt ist, muß jeder die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit als Ehrenpflicht ansehen!

Beschluß des Eisenbahnerverbandes.

TU. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Kommission des Eisenbahnarbeiterverbandes hat beschlossen, nachdem sie die Gewißheit erlangt hat, daß die Militärdiktatur vollständig zusammengebrochen ist, den Generalstreik der Eisenbahnarbeiter für beendet zu erklären.

*

Die Kommunistengefahr.

TU. Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) In Berlin ist die militärische Lage sehr ernst, da von Seiten der Kommunisten die unruhigen Zeiten benutzt werden, um ihre Ziele durchzusetzen. In Reinickendorf, Lichtenberg und Weißensee sind bereits Waffen in großer Menge verausgabt worden. In militärischen Kreisen rechnet man mit einem Angriff von Seiten der bewaffneten Arbeiter. Die Kasernen der Sicherheitswehr sind noch in vorvergangener Nacht in Verteidigungszustand gesetzt worden.

*

Wiederaufnahme der Arbeit in Hagen.

r. **Minden**, 17. März. Die Arbeit wird morgen hier wieder aufgenommen.

e. **Hagen i. W.**, 17. März. Hier ist alles ruhig. Die Arbeit wird morgen wieder aufgenommen.

b. **Schwelm**, 17. März. Hier wird die Arbeit morgen wieder aufgenommen. Man hofft, daß auch der Eisenbahnverkehr wieder einsetzt.

*

Ruhe in Hamburg.

TU. **Hamburg**, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Hamburg zeigt seit Dienstag nachmittag nach Aufhebung des Generalstreiks das gewöhnliche Straßenbild. Nur die Sicherheitstruppen am Rathaus und anderen öffentlichen Gebäuden deuten auf die Unruhen der letzten Tage hin. Abgesehen von den Zwischenfällen in Barmbeck, wo junge Burschen nach einer Versammlung von Unabhängigen die Straßenbahn stürmten und die Schutzmannschaft angriffen, sodaß diese zur Waffe greifen mußten und durch Handgranaten 15 Personen verletzt wurden, ist hier alles ruhig verlaufen. Magistrat und Bürgerschaft halten das Heft fest in der Hand, zumal die Reichswehr sich ebenfalls zur Verfügung stellt. Das Freiwilligenkorps Bahrenfeld ist aufgelöst. Die Arbeit, auch im Hafen, ist in vollem Umfange wieder aufgenommen worden.

*

Waffenablieferung in Hildesheim.

TU. **Hildesheim**, 17. März. (Eig. Drahtmeldung.) Hier gingen die Goslaer Jäger gegen die bewaffnete Einwohnerschaft vor. Die Jäger hatten, wie die T.-U. erfährt, die Arbeiter aufgefordert, die Waffen abzugeben. Als dies nicht geschah, ließen die Goslaer Jäger Geschütze auffahren und drohten, diejenigen Gebäude unter Feuer zu nehmen, die ihnen geeignet erschienen. Darauf lieferten die Arbeiter 400 Maschinengewehre und etwa 1000 Gewehre ab. Seitdem herrscht in Hildesheim Ruhe.

*

Mißstimmung gegen Noske.

dd. **Berlin, 18. März. (Eigene Drahtmeldung.) In Kreisen der Berliner Gewerkschaftsführer beschäftigte man sich am Mittwoch abend nach dem Rücktritt Kapps und Lüttwitz' mit der Frage des Abbruchs des Generalstreiks. Die Meinungen darüber waren geteilt. Ein Teil der Vertreter nahm den Standpunkt ein, daß die Parole zum Abbruch des Generalstreiks von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Regierung ausgehen müsse, die in der Nacht zum Sonnabend den Aufruf zum Generalstreik erlassen haben. Die andere Richtung geht dahin, daß die bisherigen Ereignisse noch keine genügende Sicherheit gegen die Wiederholung solcher militärischer Putsche böten und daß weitere Schutzmaßnahmen gegen Bedrohungen der Demokratie geschaffen werden müssen. Dazu gehört nach Angabe dieser Gewerkschaftsführer, daß Noske zwar der gute Wille zugesprochen wird, daß er aber nach Ansicht dieser Kreise sehr leichtfertig gehandelt hat. Als Nachfolger Noskes wird von vielen Politikern der Vizepräsident der Nationalversammlung Loewe-Breslau genannt.**

*

Die rechtsstehenden Regierungen gestürzt.

dd. **Berlin**, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) In Weimar, Gera, Altenburg und Greiz sind der „Volksztg." zufolge die neugebildeten rechtsstehenden Regierungen von der Arbeiterschaft wieder abgesetzt worden. In Gera wurden die Truppen entwaffnet und die Arbeiter bewaffnet. In Greiz hat die Arbeiterschaft ebenfalls die Macht in der Hand.

Zusammenstöße in Neukölln.

dd. **Berlin**, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Schwere Ausschreitungen ereigneten sich am Mittwoch in Neukölln am Gersonplatz, wo eine Patrouille von der wütenden Menge mißhandelt und entwaffnet wurde. Die Soldaten blieben blutüberströmt liegen. Zwei Offiziere mußten sich in benachbarte Häuser flüchten. Erst als zwei Kompanien zur Verstärkung herangeholt waren, konnte der Platz gesäubert werden. Mehrere Tote und Verwundete blieben am Platze.

Auch in Potsdam, wo es bisher vollständig ruhig war, kam es am Mittwoch zu Zusammenstößen zwischen Reichswehr und Demonstranten, die sich aus Arbeitern der Nowawes-Fabriken zusammensetzten. Die Arbeiter, die streikten, hatten eine Versammlung einberufen, die aber noch vor dem Beginn aufgelöst wurde. Die Versammlungsteilnehmer zogen in geschlossenem Zuge durch die Stadt, die Arbeitermarseillaise singend. Als der Aufforderung zum Auseinandergehen keine Folge geleistet wurde, eröffneten die Soldaten das Feuer, wobei zwei Männer getötet und mehrere verwundet wurden.

*

General v. Seeckt als Oberbefehlshaber.

TU. **Berlin, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) General v. Lüttwitz hat den Oberbefehl niedergelegt. An seine Stelle ist General v. Seeckt getreten. Die Geschäfte des Chefs des Stabes des Reichswehrgruppenkommandos hat General v. Oldershausen wieder übernommen. Führer und Truppen der bewaffneten Macht sind bereit, die Ruhe und Sicherheit des Reiches gegen Umsturzversuche zu verteidigen.**

*

Besprechungen zwischen Parteiführern.

wtb. **Berlin**, 17. März. (Eigene Drahtmeldung.) Zwischen führenden Mitgliedern der Mehrheitsparteien, der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei besteht Uebereinstimmung über folgende Punkte:

1. Die Wahlen zum Reichstag sollen spätestens im Juni stattfinden.
2. Die Wahl des Reichspräsidenten erfolgt nach Maßgabe der Reichsverfassung durch das Volk.
3. Eine baldige Neubildung der Reichsregierung wird für erforderlich gehalten.

(Mit diesen Zielen sind wir gern einverstanden. Aber unzweifelhaft wären sie auch ohne Blutvergießen und Störung unserer Wiederaufbauarbeit zu erreichen gewesen. Die Red.)

*

Leinert Regierungskommissar in Hannover.

wtb. **Hannover, 18. März. (Eig. Drahtmeldung.) Die Reichswehrbrigade 10 teilt mit: Durch Verfügung des Reichswehrministers Noske vom 16. März ist anstelle des bisherigen Regierungskommissars, Oberpräsidenten v. Richter, der Oberbürgermeister der Stadt Hannover, Leinert, zum Regierungskommissar für den Bereich der Reichswehrbrigade 10 ausschließlich der Freistaaten Oldenburg und Braunschweig ernannt worden. Durch Erlaß der Reichsregierung vom 17. März ist der oldenburgische Ministerpräsident Tantzen zum Reichskommissar für den Freistaat Oldenburg ernannt.**

Der Militärbefehlshaber v. Hülsen, Generalleutnant.

Korps Lichtschlag entwaffnet.

c. **Hagen, 17. März. (Eig. Drahtmeldung.) Das Korps Lichtschlag ist von Arbeitern in der Nähe von Schwerte entwaffnet. Gestern ist es zwischen ihm und Arbeitern bei, Wetter und Herdecke zu folgenschweren Zusammenstößen gekommen. Weiteres Blutvergießen ist durch das Eingreifen des Oberbürgermeisters Cuno vermieden worden. Lichtschlag selbst ist gefangen in Hörde. Im Industriegebiet ist die Lage nach wie vor sehr ernst.**

Reichspolizei.

Für eine einheitliche Reichspolizei tritt der Verband der Polizeibeamten in Baden (1. Vorsitzender: Polizeikommissar Gräf in Karlsruhe) ein. Er verlangt, daß alle mit Polizeigewalt betrauten Beamten (also auch die mit besonderen Aufgaben beauftragten Hafen-, Strom-, Schiffahrts-, Bau- und Bahnpolizeibeamten? Die Schriftl.) zu vereinigen sind „in der Leitung, Führung, der Ausbildung, Weiterbildung, mit der Einheit in der Amtsbezeichnung, im Dienst, in der Bekleidung und Ausrüstung."

Der Vorstand des Verbandes spricht sich gegen eine Trennung von Kriminal- und Ortspolizei und Unterstellung der ersteren unter das Justizministerium aus.

Ueber die Neuordnung der Polizei macht er folgende beachtenswerte Vorschläge:

Die Zeit der Demoralisierung, Zucht- und Sittenlosigkeit, der Gesetz- und Rechtlosigkeit vieler, verblendet vom Geiste der Selbstsucht, des Materialismus und Egoismus, duldet keine Zersplitterung, sie kennt nur ein einheitliches Zusammenfassen aller mit Polizeigewalt betrauten Kräfte, wenn den immer mehr sich breit machenden Verbrechern, Schiebern, Schleichhändlern erfolgreich begegnet werden soll. Es hat eine schöpferische allgemein schaffende Polizei zu erstehen, die geordnete Rechtszustände schafft, dem Autoritätswillen des Staates zum Durchbruch verhilft und gesittete Zustände herbeiführt. Die Schaffung einer Reichspolizei ist das unausbleibliche Ergebnis der Revolution, sie wird angesichts der immer trostloser werdenden Rechtsunsicherheit zur dringenden und zwingenden Notwendigkeit.

Im Hinblick auf die Einführung des Söldnerheeres mit der Verpflichtung zu zwölfjähriger Dienstzeit verdient die Frage des Ersatzes der Polizeibeamten schon heute die größte Beachtung. Der Zugang zur Polizei aus den Kreisen des durch die Revolution zu Grabe getragenen Militarismus steht auf dem Aussterbeetat, und auf jenen aus dem Söldnerheer ist nicht zu rechnen; denn einerseits reicht dieser Ersatz, der anstatt der Verjüngung die Veralterung der Polizeibeamten bringen würde, bei weitem nicht aus, und andererseits werden die gut bezahlten Söldner keine Lust verspüren, im vorgeschrittenen Alter von 32 Jahren den unruhigen Polizeidienst mit einem ruhigen, gutbezahlten Zivildienst zu vertauschen. Nach dem Rezept der Städte der Mittel wegen die Zahl der Polizeibeamten zu beschränken, läßt sich diese Frage nicht lösen. Infolge der Abwirtschaftung des Militarismus muß die Struktur der Polizei eine neue werden, die niemand anders als der Staat, dem die Verantwortung für die Staatsordnung obliegt, ausführen kann. Die Verkennung von Sitten und Moral und die Achtlosigkeit vor den Gesetzen und der Staatsautorität sind als eine vorübergehende Erscheinung nur dann zu betrachten, wenn es der Staat versteht, Polizeibeamte zu schaffen, die den Schädlingen des Volkes und den Unterwühlern der Staatsordnung gegenüber auftreten können und einzutreten wissen. Diese Aufgabe können nur völlig unabhängige Polizeibeamte mit einer Einheit in der Leitung, Führung, Ausbildung und Ausrüstung, ausgestattet mit den neuzeitlichen Errungenschaften der technischen Hilfsmittel, erfüllen. Mit Weitblick und Großzügigkeit wird man zur Schaffung einer Einrichtung schreiten müssen, in der geistig und körperlich gut entwickelte, sittlich und moralisch einwandfreie Personen mit Vollendung des 20. Lebensjahres Aufnahme finden können. Diese Einrichtung, die man Polizeischule nennen kann, wird man am Sitze der Regierung und in den Städten schaffen, in denen die Schüler mit den vorhandenen Hilfsmitteln vertraut werden können. Nach dem einheitlichen Ausbildungsplan werden die Grundformen für die Allgemeinbildung und die Rechte und Pflichten auf dem weiten Gebiet der Polizei zu lehren und die Körperstählung — Erlernen des Dschiudschitsu — ebenso zu üben sein wie die Unterweisung im Führen von Polizeihunden. In dieser Schule, an der fachlich und wissenschaftlich gebildete Lehrer den Unterricht erteilen, sind durch die Pflege des Gemeinschaftsgeistes die Schüler für den Polizeiberuf auszubilden. Das Zusammenfassen der Schüler in den verschiedenen Lehrkursen wird sich nach dem mitgebrachten Wissen richten, und in den Polizeidienst wird man sie stellen, wenn sie ihre Fähigkeit und Tüchtigkeit mit der Abschlußprüfung bewiesen haben. Alle Schüler sind in den Dienst der uniformierten Polizeibeamten zu entlassen, und in dem Dienst der Kriminal-, Grenz-, Steuer-, Wasserpolizei können sie erst dann Verwendung finden, wenn sie die für diese Zweige der Polizei besonders

---

Zwischen Himmel und Erde.

16) Erzählung von Otto Ludwig.

Er kam in seltsamer Hast von einer gleichgültigen Frage auf den „ledernen" Wall. Er erzählte, was die Leute darüber meinten, wie jedermann sich beleidigt fühle von der Beschimpfung, daß Apollonius sie damals nicht aufgezogen, nicht einmal zum ersten Tanze. Eigen wars, wie sie jetzt daran erinnert wurde, empfand sie es stärker, als je. Aber nicht zürnend, nur wie mit wehmütigem Schmerze. Sie sagte das nicht. Es war nicht nötig. Fritz Nettenmair war wie ein Mensch im magnetischen Schlaf. Er brauchte sie nicht anzusehen; mit geschlossenen Augen, von einem Baumblatt, einer Zaunlatte, von einer weißen Wand las er ab, was sein Weib fühlte. Wir werden ihn bald los werden, denk ich, fuhr er fort, als hätt er nicht an der Stallwand gelesen. Es ist kein Platz für zwei Haushälte hier. Und die Anne ist weiten Raum gewöhnt.

So hieß das Mädchen, mit der Apollonius am „Ledernen" tanzen, die er heimbegleiten mußte. Sie war seither öfter hier gewesen, unter Vorwänden, die ihre hochrote Wange Lügen strafte. Auch ihr Vater, ein angesehener Bürger, hatte sich um Apollonius' Bekanntschaft gemüht, und Fritz Nettenmair hatte die Sache gefördert, wie er konnte.

„Die Anne?" rief die junge Frau wie erschreckend.

„Gut, daß sie nicht lügen kann", dachte Fritz Nettenmair erleichtert. Aber es fiel ihm ein, ihr Unvermögen, sich zu verstellen, kam ja auch dem argen Plan des Bruders zu gut. Er hatte die Eifersucht als letztes Mittel angewandt. Das war wieder eine Torheit, und er bereute sie schon. Sie kann sich nicht verstellen; und wäre er noch ganz der alte Träumer, ihre Aufregung muß ihm verraten, was in ihr vorgeht; ihre Aufregung muß ihr selber verraten, was in ihr vorgeht. Noch weiß sie es selbst ja nicht. Und dann — er stand wieder an dem Punkte, zu dem jeder Ausgang ihn führt; er sah sie sich verstehen; „und dann", zwängte er zwischen den Zähnen hervor, daß jede Silbe daran sich blutig riß, „und dann — wird sies schon lernen!"

Der Bruder erwartete ihn in der Wohnstube. „Er muß doch einen Vorwand machen, warum er da vorbeikam, wo er sie allein dachte, da er weiß, ich hab' ihn gesehn." So dachte er und folgte dem Bruder.

Apollonius wartete wirklich in der Wohnstube auf ihn. Der Bruder gab sich durch seine Wendung auf den Fersen recht, als er ihn sah. Apollonius suchte den Bruder auf, ihn vor dem ungemütlichen Gesellen zu warnen. Er hatte manches Bedenkliche über ihn gehört, und wußte, der Bruder vertraute ihm unbedingt. „Und da befiehlst du, ich soll ihn fortschicken?" fragte Fritz, und konnte nicht verhindern, daß sein Groll einmal durchschimmerte durch seine Verstellung. Apollonius mußte aus dem Ton, mit dem er sprach, seine wahre Meinung herauslesen. Sie hieß: „Du möchtest auch in den Schuppen dich eindrängen, und mich von da vertreiben. Versuch's, wenn du's magst!" Apollonius sah dem Bruder mit unverhehltem Schmerz ins Auge. Er fuhr mit der Hand über des Bruders Rockklappe, als wollte er wegwischen, was sein Verhältnis zu dem Bruder trübte, und sagte: „Hab ich dir was zuleid getan?" „Mir?" lachte der Bruder. Das Lachen sollte klingen, wie: „Ich wüßte nicht, was?" aber es klang: „Tust du was anders, willst du was anders tun, als wovon du weißt, daß es mir leid ist?" „Ich wollte schon lang dir etwas sagen," fuhr Apollonius fort, „ich wills morgen; du bist heute nicht gelaunt. Das mit dem Gesellen mußtest du erfahren, und es war nicht so gemeint, wie du's aufnahmst." „Freilich! Freilich!" lachte Fritz. „Ich bin überzeugt. Es war nicht so gemeint." Apollonius ging, und Fritz ergänzte seine Rede: „Es war nicht so gemeint, wie du, Federchensucher, mich glauben machen willst. Und anders gemeint, wie ich's aufnahm? Du meinst, ich hab' —. Der Geselle ist ein schlechter Kerl; aber du hättest mich nicht gewarnt, hätt'st du keinen Vorwand gebraucht." Er machte seine überlegene Wendung auf den Fersen; in seinen verwüsteten Zustand hinein hatte ihn die glückliche Anwendung von des alten Herrn diplomatischer Kunst, durch halb Sagen zu verschweigen, gefreut.

Die Freude war schnell vorübergehend; die alte Sorge schraubte ihn wieder auf ihre Marterbank. Und noch eine längere hatte sich ihr zugesellt. Er hatte das Geschäft vernachlässigt; der Geselle, in seiner Abwesenheit Herr im Schuppen, hatte Gelegenheit genug gehabt, ihn zu bestehlen, und sie gewiß benutzt. Bei der Reparatur war er schon lange nicht mehr tätig; Apollonius mußte einen Gesellen mehr annehmen, und für den Bruder einstellen. Er verdiente schon lange nichts mehr, und versäumte doch dabei kein öffentlich Vergnügen. Die Achtung der bedeutenden Leute zeigte eine wachsende Neigung zum Sinken, und war nur durch wachsende Massen von Champagner aufrecht zu erhalten. Er hatte sich in Schulden gesteckt, und vergrößerte sie noch täglich. Und doch mußte einmal der Augenblick kommen, wo der mühsam erhaltene Schein von Wohlhabenheit verging. Er wußte, daß er nur so lange der Geschätzte war, der Jovialste der Jovialen galt. Er war klug genug, den Unwert einer solchen Achtung, eines solchen Bemühens um ihn zu erkennen, aber nicht stark genug, es entbehren zu können. Es war kein kleiner Zuwachs zu der alten Marter, und jene wie diese kam ihm von dem Bruder, und nur von ihm!

Wohligs Anne war öfter dagewesen seit Apollonius' Ankunft, und die junge Frau hatte in dem Glauben, der in naiven Gemütern die natürliche Folge der eigenen Wahrhaftigkeit ist, an ihren gesuchtesten Vorwänden nicht gemäkelt. Heute war das anders. Sie war plötzlich so scharfsichtig geworden, daß der erkannte Vorwand ihr in der Größe eines unverzeihlichen Verbrechens erschien. Das Mädchen war ihr zuwider, das so falsch sein konnte, und sie selbst zu ehrlich, das zu verbergen. Anne suchte den Grund dieses Benehmens in dem Widerwillen der jungen Frau gegen den Schwager. Es war ja bekannt, die junge Frau gönnte dem armen Menschen die Liebe des Bruders nicht. Sie hatte selbst geäußert, sie würde ihm einen Korb geben, wenn er es wagen würde, sie zum Tanze aufzufordern. Und dem guten Apollonius war es anzusehen, sie ließ ihn des Aufenthalts in seinem Vaterhause nicht froh werden. Die Gereiztheit machte auch die Anne ehrlich; sie sprach von ihren Gedanken aus, was ausgesprochen werden konnte, ohne den zarten Punkt ihrer Neigung bloßzugeben. Christiane mußte den Vorwurf nun auch aus fremdem Munde vernehmen, den schon das eigene Kind ihr gemacht. Das Mädchen ging. Apollonius kam, vom Bruder zurück, wieder vorüber. Er konnte das Mädchen noch gehen sehen. Aber nichts zeigte sich in seinem Gesichte, was ihrer nur halb verstandenen Furcht recht gegeben hätte. Und so sah auch Fritz Nettenmair, der dem Bruder aus dem Versteck der Hintertür nachblickte, auf ihrem Antlitz nicht so viel, als er gefürchtet, zu sehen.

(Fortsetzung folgt.)

eingeführten Lehrkurse mit Erfolg besucht haben. Nach der Absolvierung dieses Lehrkurses und mit der Einstellung in den Kriminal-, Grenz-, Steuer- oder Wasserpolizeidienst haben diese Beamten in die Gruppe der mittleren Beamten aufzurücken.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Fernsprech-Anschluß der Schriftleitung: Nr. 151.

18. März.

Lebensmittel.

Die Fleischeinheit für die Woche vom 15. bis 21. März ist auf 150 Gramm festgesetzt. Geliefert werden auf den gültigen Wochenabschnitt der Fleischkarte (mit der roten 1) je 125 Gramm Frischfleisch und 25 Gramm Wurst. Die Wurst der Schlachtermeister ist in dieser Woche hergestellt bei Donnermann, Ellenbeck und Konr. Huep. Wurst von Donnermann gibt es bei Deppe, Erdbrügger, Wwe. Huep, Gottfr. Huep, Fr. Reckendorf, Kayser und H. Klußmann. Wurst von Ellenbeck gibt es bei Löwenstern, Fritz Stuke, Robert Klußmann, Koch, Pecher, Fr. Huep jun. und Schönfeld. Wurst von Konr. Huep gibt es bei Pracht, Ludw. Reckendorf, Saul, Ph. Stuke, Eisbrenner, Stork und Löwenstern. Der Verkauf in den Schlachterläden findet statt: am Freitag, den 19. d. M. vorm. an die Fleischkarteninh. A—G, nachm. an die Fleischkarteninh. H—R, am Sonnabend, den 20. d. M. vorm. an die Fleischkarteninhaber S—Z. Sonnabend nachm. findet kein Verkauf mehr statt.

Lebensmittelamt der Stadt Herford.

Die Landschule im Rahmen d. nationalen Einheitsschule.

Vom Lande wird uns geschrieben:

Die Reichsschulkonferenz steht nahe bevor. Sie soll in einem Reichsschulgesetz Grundsätze für die künftige Ausgestaltung des deutschen Schulwesens aufstellen auf der Grundlage der Artikel 142—150 der Reichsverfassung. Bedauerlicherweise ist nun in den bisherigen Auseinandersetzungen über die deutsche Schule der Zukunft meist immer nur das Trennende der Konfessionen und Parteien in den Vordergrund gestellt worden. Die Forderung der nationalen Einheitsschule ist über Konfessionshader und Parteigezänk in den Hintergrund gedrängt worden. In dieser Zeit trostlosesten nationalen Tiefstandes kommt aber alles darauf an, eine Schule zu schaffen, die die vorhandenen Gegensätze überbrückt und alle Kräfte der gesamten deutschen Jugend zur vollen Entfaltung bringt, damit eine glückhaftere Zukunft unseres Volkes und Vaterlandes verbürgt wird.

Dieses hohe Ziel wird aber nur erreicht durch eine Schulform, die jedem Kinde Gelegenheit gibt, sich nach seiner Eigenart zu entwickeln und den Platz im Gesamtorganismus des Volkes zu erwerben, den es auf Grund seiner Anlagen und Fähigkeiten beanspruchen kann. Die Schulgesetze der Zukunft müssen erfüllt sein mit wahrhaft sozialem und nationalem Geiste. Alle wirklichen Vaterlandsfreunde, denen der Wiederaufstieg unseres schwer darniederliegenden Volkstumes am Herzen liegt, alle Eltern, die um das Fortkommen ihrer Kinder, je nach ihrer Veranlagung, besorgt sind, müssen deshalb eintreten für die nationale Einheitsschule.

In dem Streit um die kommende Schulform wird nun gewöhnlich etwas sehr Wichtiges ganz außer acht gelassen. Das ist die Förderung, die das Schulwesen auf dem Lande durch die Einrichtung der Einheitsschule erfahren würde. Von den 6½ Mill. Schulkindern in Preußen wachsen etwa 3 Mill. auf dem platten Lande und 1½ Mill. in kleineren Orten auf. Nur 2 Mill. Schulkinder entfallen auf die Städte, wo sich durchweg auch höhere Lehranstalten befinden und die Möglichkeit gegeben ist, sich eine weitergehende Bildung ohne große Schwierigkeiten anzueignen. Von den 4½ Mill. Schulkindern des platten Landes u. aus den kleineren Orten genießen heute jedoch nur verschwindend wenige die Bildung, die ihnen auf Grund ihrer oft guten Veranlagung nach Recht und Billigkeit zukommt, weil den Eltern die Mittel fehlen, sie in den vielfach weit entfernten Städten auf eine höhere Schule zu schicken.

Die Einheitsschule gliedert aber alle Volksschulen, auch die Landschulen an die weiterführenden Bildungsanstalten an. Jedes Kind empfängt den ersten Unterricht in der Grundschule. Diese soll umfassen, nicht wie viele es wollen, das erste bis vierte Schuljahr, sondern zu Nutz und Frommen besonders der Landkinder, die doch die größte Mehrheit bilden, die ersten 6 Schuljahre, damit auch diesen möglichst lange die heilsame erziehliche Einwirkung des Elternhauses zuteil wird. Die 2. Stufe der Einheitsschule ist die Mittelschule. Sie umfaßt das 7. bis 9. Schuljahr. Grund- und Mittelschule können in demselben Schulkörper und unter derselben Leitung zusammengefaßt werden. Dafür kämen auch schon größere Landorte in Betracht. Die Oberschule bildet die 3. Stufe und umfaßt das 10 bis 12. Schuljahr.

Für Schüler, die mit vollendetem 12. Lebensjahre, also nach dem Durchlaufen der Grundschule, nicht in die Mittelschule eintreten, sind Schulabteilungen im Anschluß an die Grundschule einzurichten, in denen die Ausbildung der praktischen Anlagen eine größere Rolle spielt als in der Mittel- und Oberschule. Diese Schule würde wohl die große Mehrheit der Kinder dieses Alters aufnehmen und in das Leben entlassen. Dies würde auch die Schule des platten Landes sein. Auch den 14- bis 15jährigen tüchtigen Schülern aus dieser „allgemeinen Bürgerschule", wie wir sie einmal nennen wollen, soll in der neu zu gründenden deutschen Oberschule, die den anderen höheren Schulen gleichzustellen wäre, Gelegenheit gegeben werden, ohne fremdsprachliche Vorkenntnisse weiter aufzusteigen.

Dementsprechend müßten dann auch die Anstellungsbedingungen für solche Berufe, für die fremdsprachliche Bildung nicht unbedingte Voraussetzung ist (Eisenbahn, Gericht, Post, Steuer usw.), also für die mittlere Beamtenlaufbahn, abgeändert werden. Der Weg in diese Berufe stände dann den tüchtigsten Volksschülern offen.

Diese Ziele, die besonders auch der Landschule zu ihrem Recht verhelfen wollen, werden seitens der Volksschullehrerschaft in der Reichsschulkonferenz mit allem Nachdruck vertreten werden. Aber: die Mehrheit entscheidet im demokratischen Volksstaate und Masse ist Macht. Deshalb ist es ureigenstes Interesse der Bewohner des platten Landes und der kleineren Städte die diesbezüglichen Forderungen der Lehrerschaft mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen. K.

n. **Die Kriegsbeschädigten für die rechtmäßige Regierung.** Die gestern bei Wirt Delius abgehaltene Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten faßte folgende Resolution: Die heute hier tagende Mitgliederversammlung des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten, Kriegerhinterbliebenen, Kriegsgefangenen und Kriegsteilnehmer, welche von über 500 Mitgliedern besucht ist, wendet sich entschieden gegen die in Berlin aufgerichtete Militärgewalt-Diktatur und ersucht die Bundesleitung die in schweren Kämpfen errungenen Rechte der Kriegsopfer mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu sichern.

= **Die Abstimmung über den Aufruf des Magistrats für die verfassungsmäßige Regierung.** Der Magistrat bittet uns um folgende Veröffentlichung: Auf Grund eines in der Magistratssitzung am 16. d. Mts. einstimmig gefaßten Beschlusses bitten wir um Aufnahme folgender Mitteilungen im lokalen Teil Ihres Blattes:

Bisher war es nicht Brauch, in den Zeitungen darüber etwas zu veröffentlichen, ob Beschlüsse des Magistrats einstimmig oder mit Stimmenmehrheit gefaßt sind. Die „Neue Westfälische Volkszeitung" berichtet in Nr. 63 vom 15. März d. Js., daß der Aufruf des Magistrats an die Bevölkerung Herford vom 14. März 1920 in der Magistratssitzung nicht einmütig, aber mit Stimmenmehrheit genehmigt ist. Wir bedauern diese Veröffentlichung und sehen uns bei dieser Sachlage veranlaßt, mitzuteilen, daß für die Fassung des an die Bevölkerung Herfords gerichteten Aufrufs des Magistrats vom 14. März 1920 in dem Wortlaute, wie der Aufruf in den Zeitungen am Montag, den 15. d. Mts., veröffentlicht ist, von den vollzählig anwesenden Mitgliedern des Magistrats 8 Mitglieder gestimmt, während sich zwei Mitglieder, nämlich die Herren Ratsherren Studienrat Dr. Neumann und Fabrikant Böckelmann jun. der Stimme enthalten haben.

Der Magistrat.

lwk. **Festsetzung von Milchmindestpreisen für den nächsten Herbst.** Wie wir hören, beabsichtigt der Herr Oberpräsident schon im Frühsommer d. Js. nach Anhörung der Landwirtschaftskammer, die sich dieserhalb mit den Ortsvereinen ins Benehmen setzen wird, Mindestpreise für Milch für die nächste Winterversorgungsperiode festzustellen, sodaß Aussicht besteht, daß dann ein den Gestehungskosten angepaßter Preis erreicht werden wird. Die Milchviehhalter werden infolgedessen gut tun, ihre Viehwirtschaft auf tunlichst reichliche Milcherzeugung im kommenden Winter einzustellen. Eine Herabsetzung des jetzigen Milchpreises zu Beginn der Weidezeit ist dem Vernehmen nach nicht mehr beabsichtigt.

= **Der Meldezwang der Kohlenverbraucher.** Die Ortskohlenstelle schreibt uns: Die allmonatliche Meldekarten-Bekanntmachung enthält vom 1. April 1920 **an eine grundlegende Aenderung hinsichtlich der Meldepflicht der gewerblichen Verbraucher.** § 2 enthält folgende Form: Zur allmonatlichen Meldung verpflichtet sind alle gewerblichen Verbraucher (natürliche und juristische Personen), die seit dem 1. April 1919 in mindestens 3 Monaten monatlich je 10 Tonnen Kohlen usw. verbraucht haben (1 Tonne — 1000 Kg. — 20 Zentner), auch wenn sie im Landabsatz bezogen haben, oder von dem Reichskommissar für die Kohlenverteilung als meldepflichtig bezeichnet worden sind. Diese Betriebe sind meldepflichtig, wenn ihnen die Brennstoffzufuhr gesperrt ist, oder wenn sie infolge von Kürzungen oder freiwilliegr Einschränkung ihrer Brennstoffzufuhr zur Zeit weniger als 10 Tonnen monatlich gebrauchen. Damit entfällt also der Verbrauch des Jahres Juli 1916/17 als Grundlage für die Meldepflicht, ebenso der Zwang, daß allmonatlich 10 Tonnen verbraucht sein müssen.

l. **Entlassungsprüfung am Seminar.** Am hiesigen Seminar fand am Montag die Entlassungsprüfung statt. Den Vorsitz führte Seminardirektor Tesch. Das Provinzialschulkollegium in Münster und die Regierung in Minden hatten keinen Vertreter entsandt. Dagegen wohnte im Auftrage der Provinzialkirchenvertretung Superintendent Dr. Niemöller aus Enger der Prüfung in der Religion bei. Das Ergebnis der Prüfung war ein günstiges, da sämtliche 20 Prüflinge bestanden. Von der mündlichen Prüfung ganz befreit wurden die Herren Reinhold Buchholz aus Herford, Karl Enkemann aus Südholz b. Bünde und Hans Wilhelmsmeyer aus Lenzinghausen. Auch der größte Teil der Kriegsteilnehmer hätte auf Grund von guten Klassenleistungen und guten schriftlichen Arbeiten zum größten Teil befreit werden können, wenn die Prüfungskommission nicht an eine besondere amtliche Bestimmung für Kriegsseminaristen gebunden gewesen wäre. Es sind die Herren Adolf Breder aus Diebrock, Fritz Deppe aus Breden bei Schötmar, Hermann Ebke aus Lenzinghausen, Hans Mink aus Bielefeld, August Müller aus Herford und Fritz Siekmann aus Falkendiek. Außerdem bestanden noch: Rudolf Bäumer aus Eickum, Wilhelm Böttcher aus Salzuflen, Herbert Echternkamp aus Herford, Wilhelm Grewe aus Fabbenstedt, Martin Meyer aus Herford, Paul Richter aus Herford, Eduard Riesо aus Rödinghausen, Arthur Schäfer aus Herford und Martin Schmidt aus Schildesche (nachträglich von der mündl. Prüfung befreit), Heinz Stohlmann aus Preußisch-Oldenburg und Friedrich Wilms aus Schüren b. Dortmund.

= **Aufgehobenes Stiftungsfest der Buchdrucker.** Das für Sonnabend, den 20. März, angesetzte Stiftungsfest der Buchdrucker (Ortsverein Herford) in Brockmanns Berggarten findet nicht statt.

= **Herforder Schwimmverein.** In der diesjährigen Hauptversammlung gab der Vorsitzende, Oberlehrer Goldsücke, einen Rückblick über das verflossene Vereinsjahr. Wenn das Interesse für die Schwimmsache unter den Folgen des Krieges zu leiden gehabt habe und daher nur gering gewesen sei, so sei es zu begrüßen, daß die alte Lust und Liebe zur guten Sache sich überall zeige und zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Dem Kassenwart, Herrn Donicke, wurde Entlastung erteilt. Frl. Hehrholz gab einen eingehenden Bericht über die Damenabteilung. Die Beteiligung der Damen war sehr rege und verspricht eine weitere gute Entwicklung. Auf Vorschlag des Kameraden Spiegelberg wurde der Vorstand einstimmig durch Zuruf wiedergewählt. Der Vereinsbeitrag wurde durch Versammlungsbeschluß auf ℳ 6.00 für Mitglieder und auf ℳ 2.00 für jugendliche Mitglieder und Schwimmschüler festgesetzt. Mit einem Aufruf an die Mitglieder, den Verein nach jeder Richtung hin zu unterstützen, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Versammlung.

= **S. C. „Union", e. V. 08** hält morgen nachmittag 5,30 Uhr eine Zusammenkunft im Vereinsheim ab.

Beschlüsse des Aktionsausschusses.

Der Aktionsausschuß schreibt uns:

In der am Mittwoch stattgefundenen Sitzung des Aktionsausschusses, der Partei und Gewerkschaftsfunktionäre wurden folgende Gegenstände verhandelt:

1. Landarbeiterfrage.

Daß die Bestellung des Ackerlandes von großer Wichtigkeit für unsere Ernährung ist, bedarf keiner Erwähnung. Da es aber verschiedene Unternehmer darauf anlegen, nach Möglichkeit die einheitliche Front der Arbeiter zu durchbrechen und dadurch Unzufriedenheit in der Arbeiterschaft zu erregen, wurde folgender Beschluß gefaßt:

„In rein landwirtschaftlichen Betrieben ist die Arbeit im vollen Umfange aufrecht zu erhalten, kleinere Landarbeiten, welche nur dem Sonderinteresse des Besitzers dienen, werden von den sonst in der Industrie beschäftigten Arbeitern nicht ausgeführt."

Lebhafte Klagen wurden über den Landkreis, verschiedene Landwirte und Herrn Landrat v. Borries geführt. Daß sich ein Teil der Landwirte nicht um die Ernährung des Volkes kümmere, steht fest; viele Produkte gehen zu unerschwinglichen Preisen in den Schleichhandel und werden dadurch der allgemeinen Bewirtschaftung entzogen. Nach lebhafter Aussprache, wobei allgemein gewünscht wurde, die ländlichen Unternehmer zu kontrollieren, stand man vorläufig von diesbezüglichen Maßregeln ab. Bestimmt wurde, in den nächsten Tagen diese Sache zu erledigen.

2. Druck der Lebensmittelkarten.

Auf eine Eingabe des Magistrats und des Landratsamts wurde die Herstellung der Lebensmittelkarten, da heute noch benötigt, freigegeben. Es sollen jedoch nur einige Leute dazu genommen werden, keineswegs der ganze Betrieb.

3. Arbeiten in der Strafanstalt.

Diese Arbeiten, welche für verschiedene Branchen angefertigt werden, sollen für die Dauer des Generalstreiks ruhen.

4. Zeitungen.

Die „Neue Westfälische Volkszeitung" und das „Herforder Kreisblatt" haben durch ihre verletzende Schreibweise den schärfsten Protest der Arbeiterschaft hervorgerufen, sie wurden stillgelegt. Auch ihre Meldungen waren offensichtlich gefärbt, daß die Arbeiterschaft die Geduld verließ und der Aktionsausschuß auch diese untersagte. Ein Flugblatt der „Neuen Westfälischen Volkszeitung" wurde beschlagnahmt. Es ist unmöglich irgend welche Meldungen diesen Zeitungen zu gestatten, sonst hätten wir schon die blutigsten Unruhen gehabt. — Hätten die Hochverräter in Berlin Erfolg gehabt, dann wehe dem übrigen Volke.

Es wurden noch mehrere Anfragen und Sachen erledigt. Festgestellt muß werden, daß über alle Beschlüsse volle Einmütigkeit herrschte.

Geschlossen vermag die Arbeiterschaft alles; beherzigen wir diese Mahnung.

Der Aktionsausschuß.

Amt Herford-Hiddenhausen.

u. **Diebrock,** 16. März. Die vielen Ziegendiebstähle in unserer Gegend wollen kein Ende nehmen. In einer der letzten Nächte wurden im Nachbarort einem Heuerlinge und Handwerker zwei wertvolle Ziegen aus dem Stalle gestohlen und an der Landstraße abgeschlachtet.

Amt Enger.

ee **Enger,** 16. März. Die gestrige Stadtverordnetensitzung fand unter dem Vorsitze des Amtmannes Engelhardt statt. Die Stadtvertretung nahm zunächst Kenntnis von dem Schreiben des Elektrizitätswerks, wonach die Abrechnungsarbeiten für Enger noch nicht erledigt seien und daher noch nicht feststände, mit welchem Gesellschaftskapital Enger in Zukunft beteiligt werden soll. Gleichzeitig wurde Kenntnis genommen, daß das geplante Projekt über den Lichtausbau der Wertherstraße und Bruchstraße nicht zur Ausführung käme mit Rücksicht auf die hohen Kosten. Für Benutzung des Klassenzimmers in der alten Schule und des Sitzungs-Zimmers in der neuen Schule zu Amtszwecken fordert die Stadt vom Amte Enger eine Entschädigung von jährlich 500 ℳ. Das von den Eheleuten Rentner Heinrich Klostermann in Enger testamentarisch für die Armen bestimmte Legat von 600 ℳ wird angenommen und soll im Sinne des Erblassers gebührende Verwendung finden. Die Stadtvertretung ernennt den Zigarrenfabrikanten Wilhelm Osterwald d. Ae. zum Vorsitzenden, den Zigarrenfabrikanten Hermann Kronsbein zum 1. stellv. Vorsitzenden und Zigarrenfabrikanten Friedrich Wesselmeyer zum 2. stellv. Vorsitzenden der Stadtsparkasse. Der Antrag des Landwirts Uppenbrock auf Entfernung der Bäume, die auf dem Schulplatze stehen und deren Wurzeln angeblich das Land des Antragstellers beeinträchtigen wurde abgelehnt. Das Einkommen des Nachtwächters wird ausschließlich Teuerungszulage auf monatlich 200 ℳ und das Einkommen des Vorarbeiters Freitag auf monatlich 300 ℳ festgesetzt. Der Bescheid des Ministeriums des Innern über Ablehnung des Antrages auf Verleihung der Städteordnung wurde zur Kenntnis genommen. Die überflüssigen Kandelaber an den Straßen sollen entfernt und g. F. verkauft werden. Dem Verwaltungs-Assistenten Weeke wurde für die Protokollführung und die damit verbundenen Nebenarbeiten anstelle der bisherigen Vergütung eine jährliche Entschädigung von 300 ℳ bewilligt.

Amt Ennigloh.

Ennigloh, 16. März. Die Amtsversammlung des Amtes Ennigloh verhandelte am 11. März d. Js. folgendes: 1. Feststellung des Haushaltsplanes für 1920. Der Haushaltsplan wurde vom Amtmann im einzelnen vorgetragen und sodann von der Amtsversammlung als Nothaushaltsplan in Einnahme und Ausgabe zu 275 000 ℳ festgestellt.

2. Errichtung einer Annahmestelle in Hunnebrock durch die Sparkasse des Amtes Ennigloh. Die Amtsversammlung erklärte sich mit der Errichtung einer Annahmestelle in der Gemeinde Hunnebrock einverstanden und erteilte ihre Zustimmung zu der Uebertragung der Annahmestelle an den Bäckermeister Hermann Ellermann in Hunnebrock 84. 3. Endgültige Anstellung und Ruhegehaltsberechtigung des Sparkassengegenbuchführers Eckhoff. Amtsversammlung erklärte sich mit der endgültigen Anstellung des Eckhoff als Gegenbuchführer der Amtssparkasse vom 1. April 1920 ab einverstanden. Dem Eckhoff wurde Beamteneigenschaft mit Ruhegehaltsberechtigung und Hinterbliebenenversorgung verliehen. 4. Bewilligung eines Beitrages zur Gründung von Kriegerheilstätten in der Provinz Westfalen. Es wurden einmalig 500 ℳ bewilligt. 5. Erweiterungsbau des Amtshauses. Amtsversammlung erklärte sich damit einverstanden, daß der vom Amtsbaumeister Geist aufgestellte Bauentwurf über den Anbau von 4 Büroräumen ausgeführt wird. 6. Bewilligung eines Zuschusses zu den Unterhaltungskosten der Volkshochschule Bünde-Ennigloh. Es wurde ein einmaliger Zuschuß von 500 ℳ bewilligt. — Weiter wurden mehrere persönliche Angelegenheiten erledigt.

---

bd. **Minden,** 18. März. Eine außerordentliche Sitzung der Stadtverordneten (Demokraten und Sozialdemokraten) in Abwesenheit der Fraktion der Vereinigten bürgerlichen Parteien (Deutschnationale und Deutsche Volkspartei) nahm folgenden Antrag der Demokraten an: Die Stadtverordnetenversammlung stellt sich einmütig auf den Standpunkt, nur die verfassungsmäßig eingesetzte Regierung anzuerkennen und ist gewillt, nur den von dieser Regierung kommenden Anordnungen Folge zu leisten. Der Magistrat stimmte nach einer Beratung in geheimer Sitzung diesem Antrag zu. — Heute wurde überall die Arbeit wieder aufgenommen. Unruhen sind hier nicht vorgekommen. Dem hier eingesetzten Arbeiterrat wurden vom Reichspräsidenten Ebert und Reichskanlzer Bauer die oberste Vollzugsgewalt übertragen. Er hat alle Maßnahmen zu ergreifen, um die verfassungsmäßige Regierung zu sichern und deren Anweisungen durchzuführen.

Lippische Freistaaten.

b. **Detmold,** 16. März. Während vor dem Parlamentsgebäude in Detmold am Montag morgen Tausende von Arbeitern aufmarschiert waren, während im Gebäude selbst Gruppen und Grüppchen von Arbeitern um ihre Führer geschart waren, besprach man im Sitzungssaale bei überfüllten Zuhörerräumen die Vorgänge in Berlin. Eine sozialdemokratische Interpellation ersuchte das Landespräsidium um Auskunft über die Vorkehrungen zur Aufrechterhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung. Präsident Becker gab diese Auskunft. Nach dieser steht die lippische Regierung fest zur verfassungsmäßigen Reichsregierung und wird dem telegraphischen Ersuchen des Landschaftsdirektors Kapp um Entsendung eines lippischen Regierungsvertreters zur Besprechung von Finanzfragen in Berlin nicht Folge leisten. Eine Rücksprache mit dem Führer der in Detmold garnisonierenden Reichswehrtruppen, Hauptmann Gabcke, hat die Erklärung gezeitigt, daß sich die Reichswehrtruppen um die politische Seite der Angelegenheit nicht kümmern, sondern daß sie ihren vom Wehrkreiskommando in Münster erlassenen Anweisungen auf Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung folgen. Die Tagung des Landtages steht unter dem Schutz der Gabcke-Truppen. Namens der Deutschnationalen Fraktion des Landtages erklärte Vizepräsident Preuß, daß es Pflicht der rechten Seite des Hauses sei, für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Deutschnationalen in Lippe ständen den Vorgängen in Berlin fern. Der demokratische Redner, Abg. Kuhlmeier, verlas eine Erklärung der Fraktion, nach welcher diese nur die rechtmäßige auf dem Verfassungswege zustande gekommene Regierung anerkennt und die von irregeleiteten Soldaten in Berlin verübten Gewalt- und Staatsstreiche bedauert. Der dritte Abg. Dr. Alter bedauert ebenfalls die Vorkommnisse, die das in der Genesung begriffene deutsche Volk aufs heftigste erschüttere. Er erkennt ebenfalls nur die von der Nationalversammlung gewählte Regierung an. Die Erklärungen wurden von dem Hause und den Tribünenbesuchern mit großem Beifall aufgenommen. Der sozialdemokratische Antrag: Das Landespräsidium wird ersucht, die Beziehungen zu der rechtmäßigen Regierung aufrecht zu erhalten und allen Bestrebungen entgegenzutreten, die darauf hinausgehen, die verfassungsmäßig gegebenen Sicherungen der Volksrechte durch Gewalttaten von Minderheiten des deutschen Volkes zu beseitigen. Der Landtag erwartet vom lippischen Volke, daß es sich in diesem Sinne einmütig hinter die lippische Volksvertretung stellt und alle willkürlichen Störungen der ruhigen, politischen Entwickelung „scharf verurteilt", wurde einstimmig angenommen. — Der Landtag bewilligte sodann 100 000 ℳ zur Anschaffung von Kleidung für die ärmere schulentlassene Jugend, annähernde 3 Millionen Mark Teuerungszulagen für die Beamten und Angestellten und die Mittel für die Weiterbohrungen auf Kali bei dem Rittergute Niederbarkhausen in Lippe.

*

Lippisches Wohnungsnotgesetz.

Dem lippischen Landtag ist die Vorlage über ein Wohnungsnotgesetz zugegangen. Wir entnehmen daraus nach der Lipp. Landeszeitung folgende Bestimmungen:

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Jeder Inhaber von überflüssigem Wohnraum muß diesen auf öffentliche Aufforderung (§ 5) abgeben oder eine Abgabe entrichten, deren Höhe durch die Zahl der überflüssigen Wohnräume bestimmt wird.

Daneben gelten die reichsrechtlichen Bestimmungen über Beschlagnahme übergroßer Wohnungen.

Wohnraum ist jeder Raum von mindestens 12 Geviertmeter Größe, der nach Ortsbrauch zum Wohnen oder Schlafen benutzt wird.

Küchen und Nebengelasse, ferner Räume, welche zur Ausübung eines Gewerbes oder Berufes als Arbeitszimmer nötig sind, Räume, in welchen der Wohnungsinhaber in Ermangelung von Speicherräumen Möbel aus abgegebenen Wohnräumen untergebracht hat oder welche in Ermangelung von Nebengelaß als solches benutzt werden müssen, gelten nicht als Wohnraum.

Ueberflüssig ist jeder Wohnraum, der die Zahl der in der Wohnung dauernd untergebrachten Familienangehörigen und Mieter übersteigt.

Ledigen und sonstigen einzelstehenden Personen wird ein weiterer Wohnraum, Verheirateten ohne Kinder, mit einem Kind oder mit zwei Kindern werden zwei weitere Wohnräume, Verheirateten mit mehr Kindern ein Wohnraum mehr nicht angerechnet.

Familienangehörige (Söhne und Töchter), die sich zum Zweck ihrer Ausbildung außerhalb des Wohnortes der Eltern, jedoch vorübergehend bei diesen aufhalten, werden als dauernd untergebracht mitgezählt, wenn sie einen eigenen Hausstand nicht haben.

Sonstige Haushaltsangehörige werden nur mitgezählt, wenn sie dauernd in Wohnräumen untergebracht sind.

Die Abgabe beträgt jährlich für

1	überflüssigen Wohnraum	50 ℳ
2	überflüssige Wohnräume	100 ℳ
3	„ „	400 ℳ
4	„ „	800 ℳ
5	„ „	1400 ℳ
6	„ „	2400 ℳ
7	„ „	4000 ℳ
8	„ „	6000 ℳ
jeden weiteren überflüssigen Wohnraum		2500 ℳ

Die Gemeindebehörde kann die Wohnungsinhaber nach vorheriger Androhung durch Ordnungsstrafe bis zu 1000 ℳ zu ihren Verpflichtungen (§ 5) anhalten und kann die Ordnungsstrafe wiederholt verhängen.

Die Festsetzung der Ordnungsstrafe kann innerhalb einer Ausschlußfrist von 4 Wochen nach Zustellung des Strafbescheides durch Beschwerde an die vorgesetzte Behörde (Verwaltungsamt oder Regierung) angefochten werden.

Die Regierung entscheidet endgültig. Das Verwaltungsstreitverfahren ist ausgeschlossen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Ahlen, 17. März. Festgenommen wurde ein 20jähriger Bursche aus der Kolonie, der an hiesige Familien Erpresserbriefe schrieb, jedoch das Pech hatte, von der Polizei abgefaßt zu werden als er den geforderten Betrag von 10 000 Mk. an der von ihm genau bezeichneten Stelle „abheben" wollte.

Der Hund als Zeitungsbote.

Aus Zeitz wird uns geschrieben: Seit mehreren Jahren holt ein schwarzer Hund mit Namen Prinz jeden Mittag die für seine Herrin bestimmte Zeitungsnummer der „Zeitzer Neuesten Nachrichten" aus deren Geschäftsstelle ab. Der Hund gilt als ein Wunder der Dressur, da er sich geduldig in die Reihe der Wartenden einstellt, die ihm überreichte Nummer auch zunächst bereicht, ob sie frisch vom Druck kommt, alsdann eilenden Laufes den ziemlich weiten Weg zu seiner Auftraggeberin zurücklegt, und auch das Abonnementsgeld vierteljährlich bei der Zeitung abliefert. Tag für Tag wird der Hund von vielen Tierfreunden beobachtet, mit welchem Eifer er seiner Pflicht nachkommt, aber leider hat das nun schon im Alter vorgerückte Tier oft sehr viele Dransalierungen seitens der Schulkinder auszustehen. Nicht allein durch Jagen, sondern auch durch Werfen mit verschiedenen Gegenständen, Pantoffeln, Mützen, ja sogar mit Schulranzen ist das pflichttreue Tier belästigt worden. Vor einigen Tagen ist ihm von einigen Rüpeln sogar die Zeitung entrissen worden. Daraufhin haben jetzt die Zeitzer Lehrer die Kinder auf die Gelehrigkeit und Treue dieses Tieres aufmerksam gemacht. Hoffentlich hilft's. Sh.

Eine seltsame Stummenheilung.

Aus Kassel wird geschrieben: Die Frau eines Handwerkers hatte vor anderhalb Jahrzehnten siebenjährig eine schwere Scharlachkrankheit durchgemacht und verlor während der Krankheit die Sprache. Trotz dieses Fehlers fand das junge Mädchen, das im übrigen kerngesund und intelligent ist, ihr eheliches Glück. Da geschah das Seltsame: In dem Augenblick, wo sie ihrem Gatten ein Töchterchen schenkte, fand die Stumme die Sprache wieder. Besondere Merkwürdigkeit ist, daß die sprachliche Ausdrucksweise der Geheilten dem Alter entspricht, in dem die Frau die Sprache dereinst verlor. Auch der Klang der Stimme ist durchaus kindlich.

Die Wandlung eines Antisemiten.

Im September vorig. J. lud Dr. Artur Dinter, der Verfasser des Romans: „Die Sünde wider das Blut", zu einer geschlossenen Versammlung in Frankfurt a. M. über „Die Judenfrage" bei einem Eintritt von 2,50 Mark und bei Ausschluß der Juden ein. Daraufhin erschien im dortigen „Mittagsblatt" ein Artikel der unter der Ueberschrift „Die Wandlung des Antisemiten" nachzuweisen suchte, daß Dr. Dinter als Verfasser des Theaterstückes „Die Schmuggler" eine Tätigkeit als Oberlehrer in Rappoltsweiler dazu benutzt habe, die altdeutsche Beamtenschaft, trotzdem sein Vater selbst Oberzolldirektor war, lächerlich zu machen und als minderwertige Menschen hinzustellen. Das Stück sei ins Französische übersetzt worden und habe dem Deutschtum unendlich geschadet. Aber Herr Dinter habe mit dem Stück viel Geld verdient, worauf es ihm allein angekommen sei. Das sei der Mann, der früher die deutschen Beamten lächerlich gemacht habe, und der jetzt sich im deutsch-völkischen Bund als maßlosester Antisemit gebärde. Wegen dieses Artikels erhob Dr. Dinter gegen den politischen Redakteur Burger vom Mittagsblatt Beleidigungsklage. Ihm stand Rechtsanwalt Dr. Herz als Verteidiger zur Seite, der darauf hinwies, daß Dr. Dinter früher namentlich als Schriftführer des Verbandes Deutscher Bühnenangestellter viel in jüdischen Kreisen verkehrte, die er jetzt fanatisch bekämpfe. Die Schilderung der deutschen Beamten im „Schmuggler" als charakterlose Idioten sei für den Sohn eines elsässischen Oberzollinspektors eine Gesinnungslosigkeit. Dr. Dinter habe sich früher seiner Agitation für die Freisinnige Volkspartei gerühmt, und daß er manchen Antisemiten zu Fall gebracht habe. Redakteur Burger bemerkte, daß ihm der fragliche Artikel von einem Altelsässer geschrieben worden sei, der stets für den Ausgleich zwischen Deutschland und Frankreich eintrat; der aber über das Auftreten Dinters empört gewesen sei. Er habe es deshalb für richtig gehalten, vor einem Manne zu warnen, der im Elsaß eine antideutsche Politik unterstützte und jetzt das Deutschtum allein gepachtet haben wolle. Er erinnerte daran, daß Dr. Dinter seinen Posten als Geschäftsführer der Deutschen Bühnenschriftsteller verlor, als er sich mitten in einer Berliner Aufführung des Mirakel in einer Ansprache gegen dieses Stück wandte. Seitdem erst betätige er sich als Antisemit und zwar in der gehässigsten Form. Dr. Kicks, der Anwalt Dinters, bestritt, daß „Die Schmuggler" antideutsche Tendenzen verfolgten; das Stück werde noch heute an vielen deutschen Bühnen gegeben. Wegen einer sachlichen Kritik hätte Dr. Dinter auch niemals geklagt, aber hier gehe aus jedem Satz die Absicht der gewollten Beleidigung hervor. Er beantragte Vertagung, um in einem neuen Termin das Stück vorzulesen. Das Gericht beschloß in diesem Sinne. Sh.

Aus der Tabakindustrie.

Amsterdam. Das Vaz Dias Bureau teilt mit, daß die Sumatra-Ernten 1917 und 1918 bereits ganz verschifft sind und Ernte 1919 bis Mai 1920 in Holland eingetroffen sein wird, es sei denn, daß der Transportarbeiterstreik in die Abladung keine Stockung bringt. Aus der 1919er Sumatra-Ernte entfallen, allerdings bei den verschiedenen Gesellschaften in verschiedenem Verhältnisse, 15 Prozent auf für Amerika geeignete Klassen gegen 10 Prozent normal. Die Importeure haben, nachdem die Händler individuell bei ihnen das Ersuchen gestellt haben, zugestimmt, daß die Marktverkäufe der noch in ihrem Besitz befindlichen Ernten über einen größeren Zeitraum aufgeteilt werden, wodurch eine Befestigung der Geschäftslage erwartet wird. Dazu ist zu bemerken, daß, wenn Ernte 1919 auch wirklich wie die Börsenberichte wissen wollen, besonders gut geraten ist, es auffällig bleibt, wenn sich der Prozentsatz der Obervollblattklassen plötzlich wesentlich ändert. Sollte vielleicht das System zur Anwendung gebracht sein, daß drüben die mindest rentabelen Sorten vernichtet worden sind, um den Ernteertrag zu drücken? Wenn die Importeure nur individuell mit den Händlern, nicht aber mit Interessenten Verbänden unterhandeln wollen, so unterstreichen sie damit ihren vertrustungsfeindlichen Standpunkt, der schon bei der Veneta-Gründung zu Reibungen führte — Kanossa und die Händler im Büßerhemde. (Südd. Tabakztg.)

Verantwortlicher Redakteur: Rudolf Schaller; für den Inseratenteil verantwortlich: G. Bese, beide in Herford.

Für unsere Frauen.

Die neuen Hüte.

Die Mode-Industrie hat es nicht leicht: trotz der hohen Preise ist das Verlangen nach hübscher Bekleidung da und in gewissen Kreisen fehlt es ja auch nicht an den nötigen Mitteln, es zu befriedigen — wenn nur eben die Modeindustrie imstande ist, die nötigen Rohstoffe für die Gebilde ihrer phantasiebegabten Künstler herbei zuschaffen. Man klagt in Industriekreisen sehr, daß mehr und mehr eine gewisse Lähmung Platz zu greifen droht. Dennoch aber kann von der kürzlich in Berlin stattgehabten Modellhut-Ausstellung gesagt werden, daß nach außen nichts davon wahrzunehmen ist, sondern daß die Hutformen eine Schau zustandegebracht haben, die sich nach Umfang und Geschmack auf ansehnlicher Höhe zeigte.

Was die Formen angeht, so sieht man außerordentlich viel aufgeschlagene Hüte, Zwei- und Dreimaster in klein und groß. Man versteht es auch recht gut, der harten Bruchlinie der aufgeschlagenen Vorderkrempe eine gewisse weiche Schmiegsamkeit zu geben, die die Hüte sehr kleidsam erscheinen läßt. Die Glockenformen, die man zu sehen bekam, halten sich in mäßiger Weite und reichen auch nicht zu tief herunter. Originell, aber nur zarte Gesichter kleidend, sind kleine seitlich scharf aufgebogene Formen, die oben in spietz, herabgehende Ecken auslaufen.

Der Rand der nicht aufgeschlagenen Hutformen ist möglichst weit gehalten. Vielfach sieht man Liseretborde mit Tülldurchsätzen oder Seide zusammengestellt. Tüll wird überhaupt in reichem Maße verwandt, wie sich auch in der reichen Verwendung von Schleiern zeigt.

Blumen sieht man wenig. Für die Uebergangszeit sind flache Beeren oder ein paar Blumen aus Lackstoff beliebt. Große Auswahl ist in Phantasiefedern vorhanden. Man sah viele kleine Flügel, die unten am Hutkopf keck angesetzt werden oder Federrosetten, die den Kopfrand schmücken. Ueberraschend ist die reiche Verwendung der doch lange Zeit verpönten Straußfeder. Strauß als Tuff, als Fahne, als ganzer Außenrand, herabfallend oder hochstehend, einfarbig oder ombriert — Strauß, wohin man sah. Diese Mode ist sehr günstig für unzeitgemäße Geldbeutel, denn eine Straußfeder gehört gewissermaßen zum eisernen Bestand der Mottenkiste. Sie kann jetzt wieder Auferstehung feiern und kann ihrer Besitzerin zum eleganten, modernen Hut verhelfen, ohne daß sie sich in allzu große Kosten zu stürzen braucht. Reiher sind natürlich immer noch ein besonders vornehmer Hutschmuck, aber nur sehr wenigen zugänglich.

Von den Geflechten ist nach wie vor Liseret beliebt, das aber ebenso wie Tagal nur noch in beschränkten Mengen zu haben ist. Sehr häufig werden für Uebergangshüte Lackborten verwendet, die man bei uns herstellt und die viel Anklang finden. Sie sind recht eigentlich die Neuheit der Frühjahrsmode dieses Jahres.

*

Die Vereinigung der Nationalökonominnen Deutschlands,

die etwa 122 Mitglieder zählt, nimmt wie die Vertretungen anderer akademischer Berufe, Gelegenheit, Frauen vor dem Studium ihrer Disziplin zu warnen. Wenn auch Wohnungsaufsicht, Fabrik- und Jugendpflege auch künftig der Mitarbeit akademisch gebildeter Frauen nicht werden entraten können, so werden sie zu Gunsten männlicher Kräfte mehr zurückgestellt werden, wie überhaupt die ganze LaLge unseres Landes auch die SSozialpflege sehr ungünstig beeinflussen und hemmen wird.

Am Kaiser Wilhelm-Institut für Hirnforschung

wirkt Frau Prof. Vogt als Vorstand der anatomischen Abteilung.

*

Frauen in Oxford.

Die altberühmte englische Universität, die sich am hartnäckigsten gegen die Aufnahme von Frauen gewehrt hat, mußte nun auch der neuen Zeit Rechnung tragen. Sie hat nunmehr weiblichen Studierenden ihre Türen geöffnet. Allerdings ist die Zulassung der Frauen zu den akademischen Graden mit der Aufnahme in die Universität noch nicht verbunden, doch wird sie nur noch eine Frage der Zeit sein, denn das akademische Bürgerrecht ist den Frauen in vollem Umfang zugesprochen.

*

Aus der Küche.

Haferflockenkoteletten. Haferflocken werden zum dicken Brei gekocht und mit Pfanzenwürze oder einem Brühwürfel schmackhaft gemacht. Etwas gedünstete, gehackte Zwiebeln und, wenn man es hat, ein Ei, gewiegte Petersilie oder Bohnenkraut, Majoran oder Thymian darunter gegeben. Mit Mehl oder geriebenem Brot wird der Teig soweit gedickt, daß er sich formen läßt. Die Koteletten werden in Mehl gewendet und in Fett gebacken.

Gemischtes Gemüse. 2—3 Pfund Weißkohl, ½ Pfund Mohrrüben, ½ Kopf Sellerie. Der Weißkohl wird in Viertel geschnitten und von den Rippen befreit, die Mohrrüben und der Sellerie in Streifchen oder Scheiben. Alles wird gebrüht in kochendes gesalzenes Wasser gegeben. Eine halbe Stunde vor Garwerden werden etwa zwei Pfund in dicke Scheiben geschnittene gekochte Kartoffeln, etwas Suppenwürze und eine kleine geriebene Zwiebel ins Gemüse gegeben und damit fertig gekocht.